

tionen“ zur Strukturierung des Buches nicht sehr hilfreich.

Besonders lesenswert ist die historische Analyse von *Clapham* über die kontinuierliche Verflechtung sozialer Gruppen und Staaten am Horn von Afrika, die sich auf die Interventionen Äthiopiens und Eritreas in der Region konzentriert. McNulty, wie *Clapham* Spezialist für seine Region, erklärt in seinem Beitrag aus historischer Perspektive die führende Rolle Rwandas im Kongo-Krieg. Rwandas Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) werden als Ausweitung der innenpolitischen Spannungen und Machtkämpfe Rwandas auf die Region interpretiert, eine Erklärung, die McQueen in seinem Artikel über Angola für dessen Interventionen in der Zentralafrikanischen Republik und die DRC ebenso anbietet.

Andere Beiträge beschränken sich dagegen auf die Rekonstruktion der Fakten so vielschichtiger Interventionsgebiete wie der DRC (*Cleaver/Massey*) und Sierra Leone (*Cleaver*) oder der außenpolitischen Aktivitäten des Sudan (*Woodward*). Ebenso hat *Cleavers* Artikel zur Rolle privater Sicherheitsfirmen und Söldner in Interventionen eher Überblickscharakter.

Das Verdienst des Sammelbandes ist es, den Fokus auf die Außenpolitik afrikanischer Staaten zu legen. Er hilft, regionale Verflechtungen und Interessenskonflikte besser zu verstehen. Trotz des wenig strukturierenden Rahmens bietet der Sammelband einige gute Fallstudien. Allerdings wird die Analyse staatlicher Interessenpolitik mit der Diskussion um die Legalität von humanitären Interventionen und Konfliktlösungsmechanismen auf UN-Ebene, in der Afrikanischen Union und

in den afrikanischen Regionalorganisationen vermischt. Letzteres hätte eine nähere Beschäftigung mit den Regionalorganisationen wie SADC und ECOWAS verlangt.

*Jana Hönke*

**Jürgen Kuhlmann/Jean Callaghan (Hrsg.), *Military and Society in 21<sup>st</sup> Century Europe. A Comparative Analysis* (George C. Marshall European Center for Security Studies), Transaction Publishers & LIT Verlag, Piccataway, NJ & Münster 2000, V, 340 S.**

Am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen trafen sich am Ende des Jahrhunderts der Totalen Kriege eine Reihe ausgewiesener Militärwissenschaftler aus West- und Osteuropa, um über den Stand und die Zukunft des Verhältnisses von Gesellschaft und bewaffneter Macht in komparativer Absicht nachzudenken. Das Ergebnis zweier Tagungen liegt nun gedruckt vor – ohne Zweifel ein nützlicher Sammelband. Er entwirft eine überaus optimistische Perspektive auf das 21. Jh., deren Krux freilich darin besteht, daß sie mittlerweile – und noch bevor dieses Jahrhundert richtig begonnen hat – durch den Gang der Ereignisse fundamental erschüttert wurde.

Wie reagiert das Militär in Europa auf die Herausforderungen, die sich ganz allgemein durch die Entwicklung zur „Risikogesellschaft“, spezieller durch das Ende des Kalten Krieges, durch den Bedeutungsverlust nationaler Verteidigungsaufgaben, durch neue multinationale Friedenssicherungsprogramme, durch die Delegitimierung der allgemeinen Wehrpflicht, die Entwick-

lung zu hochtechnisierten Freiwilligenarmeen, dann durch gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, durch die selbstverständlicher werdende Berufstätigkeit der Frauen, nicht zuletzt durch demographische und ökonomische Veränderungen, schließlich durch bestimmte historische Traditionen – die Last der Vergangenheit – stellen? Gelingt es dem Militär, seinen Platz unter den sich wandelnden internationalen, gesellschaftlichen, ökonomischen und – zumal im ehemaligen Ostblock – verfassungspolitischen Bedingungen neu zu definieren und ein ausbalanciertes Verhältnis zur zivilen Gesellschaft herzustellen? Diese Fragen systematisiert der Band zunächst in drei konzeptionellen Beiträgen, um sie dann in neun Länderstudien zu Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Rußland, Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden zu beantworten. Verglichen und systematisiert werden die nationalen Befunde durch ein von *Bernhard Boene, Wilfried von Bredow* und *Christoph Dandeker* verfaßtes längeres, konzises Schlußkapitel.

Das Ergebnis klingt, wie angedeutet, überaus beruhigend: Ja, alles ist auf dem besten Wege. Gewiß – es gibt gravierende nationale und regionale Unterschiede und erhebliche Belastungen des Verhältnisses von Militär und ziviler Gesellschaft. Sie sind um so größer, je weiter sich der Blick nach Osten richtet. In Rußland, das mittlerweile auf die äußeren Grenzen beschnitten ist, die es im 17. Jahrhundert hatte, befindet sich das Militär in einer fast katastrophalen Situation. Nicht nur das tschetschenische Fiasko lastet auf ihm, auch die mit den zivilgesellschaftlichen Maßstäben kaum irgendwo in Einklang zu bringende Sozialkultur im

Inneren und nicht zuletzt die jedem Vergleich – spottende Bezahlung der Berufssoldaten sind dafür verantwortlich. Die massiven Probleme der zivilen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik andererseits sind bekannt. Die übrigen Länder fassen die Autoren des Schlußkapitels in drei regionale Gruppen zusammen: Bulgarien und Rumänien bilden eine erste, beide Länder sind gekennzeichnet durch den – im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staaten – verzögerten Übergang zur Demokratie und sich lange haltende neokommunistische Regierungen, durch niedrige Bruttoinlandsprodukte, hohe agrarische Bevölkerungsanteile, ausgeprägte nationale Bedrohungsgefühle sowie eine ausgesprochen starke, gesellschaftlich privilegierte Position des Militärs, das von der zivilen Politik nur wenig kontrolliert wird. Zur zweiten Gruppe gehören Ungarn und die CSR – beide geprägt einerseits durch die sich den westlichen Standards annähernden Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse, andererseits durch die jahrhundertrelange Erfahrung nationaler Unmündigkeit. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung und der historisch tradierten Ohnmacht des nationalen Militärs versteht sich dessen äußerst schlechtes Ansehen in der zivilen Gesellschaft. Zur vierten Gruppe schließlich werden die vier untersuchten westlichen Ländern gerechnet: Italien, Frankreich, Niederlande, Deutschland. Ihr Wohlstandsniveau, ihr Netz an sozialer Sicherheit, ihr individualistisches Wertegefüge entwickelt sich im Gefüge einer keineswegs radikalen Delegitimierung des Militärs: Als „Schule der Nation“ wird es nicht mehr angesehen, aber durch die Teilhabe an internationalen Friedenssicherungsaufgaben gewinnt die nun neu sich her-

ausbildende Freiwilligenarmee ein gewisses Maß an Prestige zurück (am wenigsten in Holland, stärker in Frankreich und Deutschland). Die – in diesen Ländern allerdings unterschiedlich, am konsequentesten in Deutschland – geregelte Kontrolle ziviler politischer Institutionen über das – Militär garantiert die Harmonie beider Bereiche.

Die Autoren gehen davon aus, daß die Länder der ersten drei Gruppen – zuerst die mitteleuropäischen, zuletzt Rußland – durch die allmähliche ökonomische, gesellschaftliche, verfassungs- und nicht zuletzt militärpolitische Annäherung an den Westen (an NATO und EU) noch dessen Balance zwischen Militär und ziviler Gesellschaft erreichen würden. Weder die Rückkehr zu totalitären Regimen noch ein großer Krieg stehe in Aussicht. Hinter dieser plausiblen Einschätzung steht das Modernisierungstheorem: Das westlich-amerikanische Modell von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und eben auch Militär setzt sich kraft unbestreitbarer Überlegenheit mehr oder weniger geradlinig durch und verhilft letztlich einer globalen Sicherheitspolitik zum Durchbruch. Gefahren und Gefährdungen sind erkennbar – als solche aber werden Drogen(-kartelle), Umweltprobleme und Terrorismus pauschal in einen Topf geworfen; das ‚Gerede‘ vom „clash of civilizations“ ist nur beiläufiger Erwähnung wert, ebenso die Risse und Gräben, die Asymmetrien und Heterogenitäten, die die entstehende „global security community“ aufweisen wird, und – die Möglichkeit, daß diese doch nur wie ehedem ein Traum bleiben könnte (S. 327 f). Solcher Optimismus ist beeindruckend; nach dem 11. September und den Reaktionen, die er hervorgerufen hat, wird derlei Fortschrittsglaube

kaum auf ungeteilte Überzeugungskraft stoßen. Was das 21. Jahrhundert an kriegerischen Auseinandersetzungen bringen wird, wie sie aussehen und welchen Folgen sie für die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen, nicht zuletzt militärischen Ordnungen der west- und osteuropäischen Staaten oder andere Kontinente haben werden, entzieht sich seriöser wissenschaftlicher Prognosefähigkeit.

*Thomas Kühne*

### **World Bank Atlas 2003, Washington/London 2003, 81 S.**

Der Atlas, mit dem die Weltbank einen Teil ihrer Datenerhebungen zum jeweiligen Jahresende sichtbar macht, erscheint seit über 30 Jahren und gibt in seinem Konzept nicht nur Einblicke in aktuelle Reichumsverteilung und Wachstumsraten auf dem Globus, sondern zugleich die Sicht frei auf ein sich wandelndes Verständnis von Interdependenz auf der Erde. Während in früheren Ausgaben Bevölkerungsentwicklung, Pro-Kopf-Raten des Brutto-sozialproduktes und die Wachstumsraten der Volkswirtschaften abgebildet wurden und Investitionen für eine rasche Industrialisierung als entscheidender Indikator für Fortschritte der Weltökonomie galten, kamen ab 1985 auch „soziale Faktoren“ wie Kindersterblichkeit, Schulbildung und Alphabetisierungs- oder Geburtenraten als Ausdruck von Lebensverhältnissen unter den Bedingungen wechselnden ökonomischen Wachstums hinzu.

1992 nahm der Atlas erstmals Fragen der Umweltpolitik auf. Seit der Jahrtausendwende sind Formen und Folgen der Armutsbekämpfung in den